

Gespräche
am Montag 

„Bei der nächsten Rezession müssen wir wieder zittern“

INTERVIEW. Griechenland verlässt heute offiziell den Euro-Rettungsschirm. Ist das Drama damit tatsächlich beendet? Die Griechen haben „Gewaltiges“ geleistet, betont Ökonom Christian Keuschnigg, der aber weiterhin Risiken sieht.

Von Manfred Neuper

Nach mehr als achtjährigem Hoffen und Bangen verlässt Griechenland heute offiziell den Euro-Rettungsschirm. Ist das eine gute Nachricht, ist der griechische Patient genesen?

CHRISTIAN KEUSCHNIGG: Die Nachricht ist gut. Die Griechen haben Gewaltiges geleistet. Sie haben ein riesiges Fiskaldefizit beseitigt. Die Steuern sind höher, die Ausgaben niedriger, das ist ein gewaltiger Verzicht. Sie haben ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einer Lohnkorrektur stark verbessert. Der Tourismus boomt, sie können wieder was verkaufen. Jetzt wächst die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit sinkt. Der Bankensektor wurde mit europäischem Geld mit genug Eigenkapital ausgestattet und ist wieder stabil. Aber Griechenland ist bei Weitem noch nicht stark genug.

Sehen Sie eine Rückfallgefahr?
Momentan übertüncht die europaweit gute Wirtschaftslage alle Probleme. Der Test ist die nächste Rezession. Die Rückfallgefahr ist nach wie vor groß. Im Budget ist kein Spielraum. Wenn die Arbeitslosigkeit wieder steigt und neue Sparrunden

notwendig werden, könnte die Politik der Frustration in der Bevölkerung nachgeben und die Zügel schleifen lassen. Das würde das Vertrauen der Sparer und Unternehmen und der ausländischen Investoren schwer beschädigen. Die Krise wäre wieder da.

In welchen Bereichen ist der griechische Staat besonders gefordert?

Es gibt noch viel zu tun. Vor allem: Der Staat muss weiter sparen und Geld freischaufeln, um mehr in die Zukunft zu investieren und die Wirtschaft und Familien besser zu unterstützen: Rechtssicherheit, klares Steuersystem, Bürokratieabbau, gute Schulen, digitale Infrastruktur, mehr Investitionen in die Forschung usw. Auch in der Eurozone gilt: Der einzige Weg zu mehr Wohlstand ist Bildung, Innovation, harte Arbeit und Vertrauen in den Staat.

Der griechische Schuldenberg gemessen an der Wirtschaftsleistung beträgt 180 Prozent, so viel wie nirgends sonst in Europa. Ist das das größte Problem der griechischen Wirtschaft?

Das ist klar zu viel. Es gibt null

Spielraum. Bei der nächsten Rezession müssen wir wieder zittern. Die Gläubiger sind inzwischen die EZB, der Rettungsschirm und die anderen Staaten. Diese wollen die marktwirtschaftlichen Prinzipien nur bei den privaten Gläubigern, aber nicht bei sich selber anwenden. In dieser Situation braucht es einen Schuldenschnitt, damit möglichst viel von der verbleibenden Schuld verlässlich zurückkommt. Trotz Zinsnachlass knebelt die heutige Situation Griechenland für mindestens ein halbes Jahrhundert. Da wird jedes Vertrauen in die Zukunft schwer. Ich glaube, es ist eine verschleppte Insolvenz.

Trotz kleiner Lichtblicke ist noch immer fast jeder fünfte Grieche arbeitslos. Mehr als 400.000 gut ausgebildete junge Menschen haben das Land verlassen. Wie sehen Sie die Zukunftsperspektiven des Landes?

Gerade die besten Köpfe haben Chancen anderswo. Wenn diese das Land verlassen, ist es tragisch. Vielen tüchtigen Griechen fehlt offensichtlich selber das Vertrauen in die Zukunft. Eine Wende ist eingeleitet. Es braucht jedoch noch gewaltige Anstrengungen. Sie sind es wert. Nicht nur die Familien sollen sich für ihre Kinder ein Leben lang abstrampeln. Auch der Staat muss investieren und ihnen eine solide Wirtschaft hinterlassen. Dann werden die jungen Talente wieder zu Hause ihren Weg suchen.

Viele Bürger der Eurozone fragen sich, wie viele Milliarden aus den Hilfspaketen womöglich nie zurückgezahlt werden. Ist das eine berechtigte Sorge?

Die Sorge ist berechtigt. Wenn man sein Geld zurückhaben will, muss man auch darüber nachdenken, dass es beim Schuldner gut läuft, anstatt nur





Keuschnigg: „Solche Reformen wären bei uns nicht möglich“ APA, AP

zuzuschauen. Die hohe Schuld knebelt Griechenland auf Jahrzehnte. Die schwierige Frage ist: Lasse ich etwas von der Schuld nach, damit wenigstens der Rest sicher zurückkommt?

Jahrelang war der Begriff des „Grexit“, also der Abschied Griechenlands vom Euro, sehr präsent. Wie groß war die Gefahr einer solchen Entwicklung wirklich, wie nah war der Abgrund?

Der Brexit ist passiert, und zwar ohne zwingenden Grund. In Griechenland waren die Probleme weit größer. Die Gefahr war sehr real. Sie wird wieder akut werden, wenn die nächste Rezession in Europa da ist.

In Griechenland schnellte in der Akutphase der Krise die Arbeitslosigkeit auf mehr als 25 Prozent hinauf, die Bürger verloren teils mehr als 25 Prozent ihres Einkommens. War es das alles wirklich wert?

Es gab keine Alternative. Die Krise war die Folge davon, dass frühere Generationen weit über ihre Verhältnisse gelebt haben und der Rest der Eurozone nicht hingeschaut hat. Klar war es das wert, sonst gäbe es heute keine Zukunft mehr. Der Einkommensverlust ist die Rückführung auf das Niveau, das Griechenland selber erwirtschaften kann. Es kann nicht der griechische Stolz sein, sich den Wohlstand von anderen bezahlen zu lassen und so von anderen abhängig zu werden. Jeder Wohlstand muss auf Dauer selbst erwirtschaftet werden.

Ist die Eurozone durch die Erfahrungen aus dieser, teilweise ja auch höchst umstrittenen Rettungspolitik insgesamt krisensicherer geworden?

Die Situation ist heute ungleich besser als 2008. Es gab große Reformen und Korrekturen: Die Staaten haben Budgetdefizite

Zur Person

Christian Keuschnigg, geboren am 9. Jänner 1959 in St. Johann in Tirol.

Karriere: Er studierte Betriebs- sowie Volkswirtschaft, promovierte 1987 in Innsbruck. Er war Professor für Finanzwissenschaft in Saarbrücken, 2000 folgte er einem Ruf an die Universität St. Gallen, wo er als Professor für Nationalökonomie bis heute lehrt. Von Juni 2012 bis Ende 2014 leitete er das Institut für Höhere Studien (IHS). 2015 gründete er das Wirtschaftspolitische Zentrum Wien (WPZ).

abgebaut, die Banken haben ihre Überschuldung reduziert, der Süden hat seine Wettbewerbsfähigkeit verbessert, Krisenschutz und Bankenunion sind eingerichtet etc. Europa ist krisensicherer geworden. Aber es muss noch weitergehen. In manchen Ländern stockt es leider. Heute geht die größte Gefahr von Italien aus.

Wie steht es um den pädagogischen Wert des griechischen Dramas für die anderen Euroländer und ihre Haushaltsgebarungen, haben wir, auch in Österreich, genug aus dieser Krise gelernt?

Der Süden hat Gewaltiges geleistet. Solche Reformen wären bei uns nicht möglich. Offensichtlich braucht es eine wirkliche Krise, damit in der Politik was vorwärtsgeschieht. So weit sollten wir es aber nicht kommen lassen. Der Staat muss investieren und die Zukunft für die nächsten Generationen im Blick haben, anstatt kurzsichtig den schnellen politischen Vorteil zu suchen. Der Erfolg des Euro als gemeinsames Projekt wird in den Mitgliedsstaaten gemacht. Nur wenn sich jedes Land selber fit macht, kann der Euro gelingen.

GRIECHENLAND-PAKETE

Mehr als 273 Milliarden Euro in acht Jahren

2010 musste Griechenland erstmals um Hilfe bitten.

Als Griechenland im Jahr 2010 das erste Mal seine Partner um Hilfe bat, stand das Land direkt vor der Pleite. Der Hauptgrund: Das Land hatte über Jahre hemmungslos Schulden gemacht und finanzierte 2009 schließlich bereits weit über 15 Prozent seines Staatshaushalts über teure Kredite. Die folgenden Jahre überlebte Griechenland nur mühsam am Tropf seiner europäischen Partner und des Internationalen Währungsfonds (IWF) – die dem Land strenge Auflagen als Bedingung für Hilfen stellten. Das erste Hilfsprogramm hatte 2010 ein Volumen von 80 Milliarden Euro an bilateralen Kredithilfen, am Ende ausgezahlt wurden knapp 53 Milliarden Euro. Hinzu kamen zweistellige IWF-Milliardenkredite. Abgelöst wurden diese Hilfen im März 2012 von einem zweiten Paket – ausgezahlt wurden knapp 142 Milliarden Euro. Private Bankgläubiger mussten sich flankierend beteiligen und Forderungen von 107 Milliarden Euro abschreiben.

Als Griechenland auch 2015 finanziell noch nicht auf eigenen Beinen stehen konnte, schloss sich das dritte Programm an, das nun heute mit ausgezahlten Kredithilfen von 62 Milliarden Euro – etwas weniger als die zugesagte Obergrenze – zu Ende geht.

Unterm Strich summieren sich die Gesamthilfen aller Pakete auf 273,7 Milliarden Euro. Die österreichischen Haftungen im Zuge der Rettungspakete liegen übrigens noch bei 10,6 Milliarden Euro.